



## Beschluss

vom 3. Juni 2003

Nr. 3471

Motion

**Christian Hostettler: Mehr Sicherheit durch zusätzliche Polizeipräsenz zum Nulltarif; Frage der Zulässigkeit**

Die Polizeiverwaltung berichtet:

Christian Hostettler sowie 10 Mitunterzeichnende reichten am 18. März 2003 eine Motion betreffend „Mehr Sicherheit durch zusätzliche Polizeipräsenz zum Nulltarif“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat nimmt zur Frage der Zulässigkeit der Motion wie folgt Stellung:

Gemäss Art. 58 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderates kann jedes Mitglied mit einer Motion beantragen, dass der Stadtrat den Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung, für ein rechtsetzendes Reglement oder einen anderen in die Zuständigkeit des Grossen Gemeinderates fallenden Beschluss vorlege. Bestreitet der Stadtrat die Zulässigkeit eines Vorstosses, so entscheidet der Grosse Gemeinderat gemäss Art. 55 Abs. 2 auf Antrag des Präsidiums. Die Zulässigkeit einer Motion hängt demzufolge davon ab, dass sie auf einen Gegenstand gerichtet ist, der in der Zuständigkeit des Grossen Gemeinderates liegt (vgl. Art. 33 ff. der Gemeindeordnung, sRS 111.1).

Mit dem eingereichten Vorstoss verlangen die Motionäre eine Änderung der Organisation und des Dienstbetriebes der Polizei, indem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei, die im Besitz einer Uniform sind, diese auf dem Arbeitsweg und im Dienst tragen müssen. Dabei soll eine Befreiung der Uniformtragspflicht für Spezialeinsätze in einer separaten Auflistung geregelt werden. Ausserdem wird von den Motionären gefordert, dass diese Neuerung ohne Kostenfolge zu realisieren sei, wobei polizeiliche Interventionen auf dem Arbeitsweg als Arbeitszeit verrechnet werden sollen. Die Organisation der Polizei und der Dienstbetrieb werden im „Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei“ vom 13. Mai 1997 geregelt (sRS 412.2), während die weiteren Regelungen betreffend Arbeitszeit, Zeitzuschlägen, Überzeit, in verschiedenen Ausführungsbestimmungen des Stadtrates geregelt sind. Dies sind Reglemente des Stadtrates, die gemäss den Forderungen der Motio-



näre geändert werden müssten. Reglemente über die Organisation der Verwaltung liegen aber nach Art. 136 lit. c des Gemeindegesetzes des Kantons St.Gallen in der nicht übertragbaren Kompetenz des Stadtrates. Da weder der Erlass noch die Änderung von Reglementen, die die Organisation der Verwaltung betreffen, in den Zuständigkeitsbereich des Grossen Gemeinderates fallen, ist der Vorstoss in Form einer Motion nicht zulässig.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Zulässigkeit wie folgt Stellung:

Der Stadtrat bestreitet die Zulässigkeit der Motion betreffend „Mehr Sicherheit durch zusätzliche Polizeipräsenz zum Nulltarif“ und übergibt die Frage der Zulässigkeit gemäss Art. 55 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderates zuständigkeitshalber dem Präsidium des Grossen Gemeinderates, das dem Grossen Gemeinderat Antrag betreffend Zulässigkeit stellt.

Beilage:

Motion von Christian Hostettler vom 18. März 2003

Protokollauszug:

Polizeiverwaltung (3)

Stadtkanzlei (3)

